

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 168. Ratssitzung vom 27. September 2017**

### **3319. 2016/399**

**Motion von Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und Gabriela Rothenfluh (SP) vom 16.11.2016:**

**Pilotprojekt für eine vermehrte Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen bei Stellenbewerbungen und einer Belastung der Stellenpläne entsprechend der Leistung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

*Katharina Prelicz-Huber (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 2416/2016): Wir möchten mit der Motion erreichen, dass sich die Stadt Zürich vermehrt dafür engagiert, dass Menschen mit Beeinträchtigungen bei der Stadt Zürich arbeiten können. Die 5. und 6. IV-Revision wurde umgesetzt. Diese bedeutete unter anderem, dass der Zugang zu einer IV-Rente erschwert wurde. Tausende von Menschen mit Beeinträchtigungen, die früher eine IV-Rente erhielten, erhalten nun keine mehr. Mit der 6. IV-Revision wurde gesagt, das Ziel müsse sein, dass auch Menschen mit Beeinträchtigungen wieder oder neu einer Arbeit im Erwerbsleben, in der Wirtschaft nachgehen können sollen. Das war ein sehr hehres Ziel. Der Nationalrat lehnte ab, dass eine fixe Quote für die Wirtschaft bestimmt wurde. Es hiess, man müsse sich keine Sorgen machen, es würden bestimmt genügend Arbeitsplätze für Menschen mit einer Beeinträchtigung geschaffen. Die Realität ist anders, wie die neueste Studie des Bundesamtes für Sozialversicherungen zeigt. Der Auftrag, die Renten abzubauen, wurde übernommen. Es wurden aber keine oder fast keine Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt. Es entstanden kaum neue Arbeitsplätze für Menschen mit Beeinträchtigungen, auch nicht in der öffentlichen Verwaltung. Gemäss der erwähnten Studie besteht grosser Handlungsbedarf. Es müssen Tausende von Arbeitsplätzen in der Wirtschaft, aber auch in der Verwaltung geschaffen werden. Es ist nicht so, dass Menschen mit einer Beeinträchtigung nicht arbeiten könnten oder wollten. Im Gegenteil. Sie wollen lernen. Sie wollen sich weiterentwickeln. Es ist keine Verweigerung da. Von der Gesellschaft wird es ihnen nicht zugetraut, obwohl sehr oft ein überdurchschnittlicher Wille vorhanden ist, die Arbeit gut machen zu wollen. Es wird ihnen zu wenig zugetraut oder es sind keine Arbeitsplätze vorhanden, mit den unterschiedlichsten Begründungen. Teilweise sind diese verständlich. Ich bin sehr froh, dass die Schweiz die Behindertenkonvention ratifiziert hat. Dies bedeutet auch, dass diese in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens umgesetzt werden muss, auch bei den Arbeitsplätzen. Man kann nicht ohne Rente leben, wenn kein Arbeitsplatz vorhanden ist, der ein genügend hohes Salär generiert. Bei der Umsetzung ist die Stadt bisher leider auch kein Vorbild. Sie stellt zwar Arbeitsplätze zur Verfügung, aber wie im Durchschnitt zur gesamtschweizerischen Wirtschaftslage machen diese nur rund 1 % aus. Laut einer anderen Studie wären mindestens rund*

2 / 4

*8 % der Arbeitsplätze geeignet für die verschiedensten Formen von Beeinträchtigungen. Ich bin sehr erfreut, dass der Stadtrat hier Handlungsbedarf sieht und Verständnis für das Anliegen hat. Wir haben bereits eine ähnliche Motion überwiesen. Diese fordert, dass man versucht, wenn heute bereits bei der Stadtverwaltung angestellte Menschen krank werden oder Beeinträchtigungen haben, diese im Arbeitsprozess zu behalten. Es geht aber auch darum, generell mehr Menschen mit Beeinträchtigungen anzustellen und ihnen eine Chance zu geben, bei der Stadtverwaltung einsteigen zu können. Dies würde je nach Beeinträchtigungsgrad eine Betreuung der Mitarbeitenden bei der Stadtverwaltung voraussetzen. Dies wiederum braucht Ressourcen. Der Stadtrat hat dies verständlich ausgeführt. Es ist ein Grund, warum gewisse Abteilungen davor zurückschrecken, Menschen mit Beeinträchtigungen einzustellen. Sie haben die für eine Betreuung nötigen Ressourcen nicht. Das ist ein Problem. Ich hoffe, eine Mehrheit ist der Ansicht, dass genau darauf geachtet wird, dass wir zukünftig mehr Menschen mit verschiedenen Formen von Beeinträchtigungen bei der Stadtverwaltung einstellen können und dass wenn nötig die entsprechende Unterstützung seitens der entsprechenden Teams zur Verfügung gestellt würde. Ich bin erfreut, dass der Stadtrat das Anliegen als Postulat entgegennehmen will, auch wenn wir uns gewünscht hätten, dass es als Motion entgegengenommen würde. Damit hätte der Stadtrat gezeigt, dass der Wille zur Umsetzung vorhanden ist. Wir verstehen aber auch, dass gewisse Ängste vorhanden sind. Man will sich abstützen auf Erfahrungen mit der anderen, bereits überwiesenen Motion. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen bereits damit leben, nicht voll gesund sein zu können. Es ist ein wichtiges Anliegen, ihnen wenigstens Platz in der Gesellschaft, in der Wirtschaft und hier in der Stadtverwaltung zur Verfügung zu stellen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** *Die Motion ist Teil eines Doppelpakets. Den ersten Teil haben wir bereits vor einigen Wochen behandelt. Der Stadtrat hat klargemacht, dass er den ersten Teil gerne als Pilot entgegennimmt, den zweiten Teil aber als in dieser Frist nicht erfüllbar betrachtet. Ich bin froh, dass die Motionärin anerkannt hat, dass bei der Stadt und der Personalabteilung der Wille vorhanden ist, noch mehr im Bereich der Integration zu unternehmen. Unsere Ressourcen in diesem Bereich sind jedoch nicht unbeschränkt. Es ist eine komplexe Materie. Sie ist nicht allein bei HRZ zu managen. Auch die jeweiligen Dienstchefinnen und Dienstchefs müssen als Anstellungsinstanz einbezogen werden. Zudem sind die Bedürfnisse der betroffenen Personen sehr unterschiedlich. Aus diesen Gründen ist es uns momentan nicht möglich, beide Geschäfte zu erfüllen. Ich möchte nicht übertreiben, aber letztlich möchte ich bei HRZ kein Burn-out und dergleichen provozieren. HRZ ist mit der Umsetzung der HR-Strategie durchaus sehr gut ausgelastet. Der Stadtrat bevorzugt ein etappenweises Vorgehen. Mit der Entgegennahme der anderen Motion haben wir dies anerkannt. Deshalb bitten wir darum, diesen Vorstoss als Postulat und nicht als Motion zu überweisen. Ich würde in dieser Frist keine befriedigende Antwort unterbreiten können.*

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Urs Egger (FDP)** stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat: Ich stimme mit vielen Äusserungen von Stadtrat Daniel Leupi überein. Man erhielt bei den Ausführungen zur Motion den Eindruck, dass im Fall einer Umsetzung viele zusätzliche Ressourcen benötigt würden. Die Beschäftigung von Menschen mit Beeinträchtigungen ist ein ernstes Thema. Es braucht entsprechende Arbeitsmöglichkeiten. Diese müssen dann aber auch auf die jeweilige Situation der Menschen hin angepasst werden. Wir haben von Katharina Prelicz-Huber (Grüne) gehört, dass die Wirtschaft sich darum foutiere. Diesen allgemeinen Vorwurf kann ich nicht akzeptieren. Ich kenne viele gegenteilige Fälle. So einfach ist es aber nicht. Wenn die Stadt nun in die Bresche springen und Mittel einsetzen soll, ist es jetzt sicher der falsche Moment. Bei 43 Millionen Franken erwartetem Defizit sollen wir hier noch zusätzliche Mittel ausgeben. Das ist die Mentalität auf der anderen Ratsseite. Die Steuerzahlenden bezahlen jedes Jahr 100 Millionen Franken mehr und trotzdem wird ein Defizit ausgewiesen. Das passt nicht zusammen. Konsequenterweise dürfte man das Anliegen auch nicht als Postulat entgegennehmen. Bis sich die Wirkungen der überwiesenen Motion 2016/398 zeigen, dauert es mindestens zwei bis drei Jahre. Deshalb empfehle ich, das Anliegen zum heutigen Zeitpunkt weder als Postulat noch als Motion zu überweisen und es in drei bis vier Jahren wieder einzureichen, wenn die Auswertung der Pilotversuche des anderen Vorstosses vorliegt.

**Urs Fehr (SVP):** Die SVP geht mit der Argumentation des Stadtrats einig. Sie wird das Anliegen als Postulat unterstützen. Dr. Urs Egger (FDP) hat ansonsten ebenfalls alles Wichtige gesagt.

**Mario Mariani (CVP):** Das Anliegen ist sehr ernst gemeint und wichtig für die Eingliederung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Die CVP wird den Vorstoss als Postulat unterstützen, als Motion werden wir ihn ablehnen.

**Markus Baumann (GLP):** Die GLP sieht die Wichtigkeit der Thematik. Wir möchten nochmals darauf hinweisen, dass bei einer Überweisung eines Postulats vielleicht auch die gesamtwirtschaftlichen Anstrengungen miteinbezogen werden könnten. Auf Seiten der KMU werden viele Anstrengungen in diese Richtung unternommen. Es gibt neue Modelle. Grundsätzlich schliesse ich mich den Ausführungen von Stadtrat Daniel Leupi an. Mir wäre es aber ein Anliegen, dass wir unter Einbezug der Gesamtwirtschaft den Vorstoss als Postulat und nicht als Motion unterstützen.

**Gabriela Rothenfluh (SP)** ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Es freut mich, dass das Anliegen zumindest als Postulat eine breite Unterstützung findet und nur die FDP aus finanziellen Gründen offenbar nicht bereit ist, etwas für Menschen mit Behinderungen zu unternehmen. Diese werden stets auf später vertröstet, warten aber schon lange darauf, dass etwas getan wird. Die Gesetze sind schon lange klar vorhanden. Man sollte die Menschen in die normale Arbeitswelt integrieren und nicht in Sonderwerkstätten, in denen sie sozusagen notbeschäftigt werden. Viele Menschen mit Behinderungen verfügen über eine gute Ausbildung. Es ist deshalb auch aus volkswirtschaftlicher Sicht unsinnig, diese Menschen irgendwo abzustellen und auf die IV zu verweisen. Es ist wesentlich sinnvoller, Arbeitsplätze zu schaffen, an denen sie gemäss

4 / 4

*ihren Interessen, ihren Kräften, ihrem Wissen und ihrer Ausbildung eingesetzt werden können. Es ist schön, dass das Anliegen auch von der SVP unterstützt wird. Wenn wir sehen, dass alle mitmachen ausser die FDP, sind wir gerne bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.*

**Joe A. Manser (SP):** *Es ist mittlerweile ungefähr das dritte Mal innert 28 Jahren, dass ich einen gleichen oder ähnlichen Vorstoss im Rat erlebe. Leider immer nur in Form eines Postulats, obwohl es eine Motion sein müsste. In der Antwort zur Interpellation ist von 125 Mitarbeitenden mit einer Behinderung die Rede. Das ist etwas mager. Es gibt zudem auch Leute, die trotz Leistungseinschränkungen in der Stadtverwaltung weiterbeschäftigt wurden. Gemäss der Antwort verfügt man nicht über diese Zahlen. Das ist aber hier nicht das Thema. Die Antworten führen mich zur Überzeugung, dass es ein stärkeres Zeichen als nur ein Postulat braucht. Die Sache ist eine Frage des Willens. Bei den früheren Vorstössen hat es am Willen gefehlt. Ich bin froh, wenn der Stadtrat den Vorstoss entgegennehmen will, wenn auch nur als Postulat. Ich hoffe, dass der Wille neu angefacht werden kann, damit es bei der nächsten Anfrage, wie viele Menschen mit Beeinträchtigungen beschäftigt werden, etwas mehr als nur 125 sind.*

Das Postulat GR Nr. 2017/338 (statt Motion GR Nr. 2016/399, Umwandlung) wird mit 97 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat